

Überregionaler Pressespiegel 12.12.2011

sueddeutsche.de | 12.12.2011 | 15:39 Uhr | Christiane Kohl

Jugendpfarrer in Sachsen angeklagt

Warten auf den falschen Ton

Regt der Demo-Klassiker "Keine Macht für Niemand" zu Gewalt an? Das glaubt man zumindest in Sachsen: Ein Jugendpfarrer ist unter anderem angeklagt, weil er dieses Lied auf einer Anti-Neonazi-Demo abgespielt hat. Nicht erst nach den Enthüllungen über die rechtsextremistische Terrorzelle in Ostdeutschland verblüfft der Aufwand, mit dem die Ermittler den Geistlichen belauerten.

Das Video zeigt eine typische Demonstrationsszene, wie sie zu Tausenden in bundesdeutschen Überwachungskameras gespeichert werden: Polizisten marschieren in einer Reihe, Demonstranten, teils verummt, stehen ihnen gegenüber oder laufen hin und her. Mittendurch fährt, im Schrittempo, ein alter blauer VW-Bus.

"Keine Macht für Niemand", dröhnt aus den Lautsprechern, die auf dem Dach des Busses angebracht sind. Das Lied ist ein Evergreen der bundesdeutschen Demonstranten-Szene. Schon die Generation der heutigen Großväter hat den Deutschrockklassiker in den frühen Siebzigern gesungen. Demonstrationserprobte Polizisten von heute dürften den Titel der längst aufgelösten Rockgruppe Ton, Steine, Scherben denn auch beinahe auswendig kennen. Und so käme wohl nirgendwo in Deutschland ein Staatsanwalt auf die Idee, das öffentliche Abspielen dieses Musikstücks für strafbar zu halten - außer in Dresden.

In der sächsischen Landeshauptstadt hat die Staatsanwaltschaft soeben Anklage erhoben gegen den Jenaer Jugendpfarrer Lothar König. Ein Vorwurf in der 18 Seiten dicken Anklageschrift lautet, der Geistliche habe durch das Abspielen von "Musik mit aggressiven, anheizenden Rhythmen" zur Gewalt aufgewiegelt. Die Staatsanwaltschaft bezichtigt den Pfarrer, einen "besonders schweren Fall von Landfriedensbruch" begangen zu haben. König soll sich dieses Delikts während der großen Demonstration gegen Neonazis in Dresden am 19. Februar 2011 schuldig gemacht haben - das Strafmaß hierfür liegt zwischen sechs Monaten und zehn Jahren Freiheitsstrafe.

Es geht also um schwerwiegende Vorwürfe. Entsprechend haben die Ermittler zahlreiche Polizisten vernommen, Videos ausgewertet, Überwachungsfotos beigezogen und Telefon-Funkzellen abgefragt - eine Fleißarbeit, die, sollte sie vom Gericht zugelassen werden, allein wegen der Anzahl der Zeugen einen stattlichen Prozess auslösen könnte.

Dem DDR-Regime ein Dorn im Auge

Pfarrer König ist kein Unbekannter in Ostdeutschland. Schon zu DDR-Zeiten galt der Mann, der heute 57 Jahre alt ist, als aufmüpfig: Die erste Hausdurchsuchung erlebte er 1969. Der damals 15-jährige Junge hatte mit dem Prager Frühling sympathisiert. Später gründete König die Junge Gemeinde in Jena. Zu DDR-Zeiten war die Gemeinde den Herrschenden ein Dorn im Auge, nach der Wende begann der Pfarrer mit dem dicken Rauschebart früh vor aufkeimendem Rechtsradikalismus zu warnen.

Nun gilt König selbst als Beschuldigter. In der Anklageschrift klingen die Vorwürfe gegen den Geistlichen eher allgemein: Angeblich habe König durch aufwieglerische Worte, die während der Demonstration durch die Lautsprecher seines VW-Busses übertragen wurden, die Gewalttätigkeit der Demonstranten befördert.

Als Beleg werden spontan geäußerte Sätze von König angeführt wie: "Da müssen wir ein bisschen aufpassen." Überhaupt habe der blaue Bus als eine Art "Führungszentrale" der gewaltbereiten Szene fungiert, glauben die Ermittler. Als Indiz hierfür werten sie, dass im Laufe des langen Demonstrationstages einmal jemand auf dem Dach des blauen Busses gestanden und eine Fahne geschwenkt hatte. Freilich kann dies nicht der Pfarrer selbst gewesen sein, der mit seiner etwas korpulenten Figur zu solcherlei Akrobatik vermutlich gar nicht in der Lage wäre.

Jede Bewegung alten VW-Busses wurde registriert

Schwerer noch mag der Vorwurf wirken, an dem Bus habe sich vorübergehend ein Steinwerfer aufgehalten, den die Polizei kurz darauf festnahm. Dass der Bus nicht direkt stehen geblieben war, wird dem Pfarrer offenbar als Strafvereitelung ausgelegt, auch wenn unklar scheint, ob er den Vorgang überhaupt bemerkt hatte.

Königs Anwalt Johannes Eisenberg, erklärt die Vorwürfe gegen seinen Mandanten für hanebüchen. Nicht zum ersten Mal hat der Geistliche mit der Dresdner Justiz zu tun. Bereits im Sommer geriet König in die Schlagzeilen, als Ermittler des Landeskriminalamts Sachsen eine Razzia in seiner Pfarrwohnung im thüringischen Jena veranstalteten, ohne ihre zuständigen Kollegen in dem Nachbarland überhaupt ins Benehmen zu setzen. Damals wurde noch wegen der "Bildung krimineller Vereinigungen" gegen König ermittelt - wobei die tatsächlichen Vorwürfe im Vergleich zur aktuellen Anklageschrift noch weit nebulöser klangen.

So waren die Ermittler bei der Überwachung einer Gruppe von Linksaktivisten in Dresden auf ein Funktelefon gestoßen, das auf König angemeldet war. Zwar stellte sich schnell heraus, dass nicht der Pfarrer, sondern seine Tochter Katharina das Handy benutzte, gleichwohl erwirkte die Staatsanwaltschaft einen Amtsgerichtsbeschluss, demzufolge er drei Monate lang observiert werden sollte.

Ausgangspunkt für diese Ermittlungsmaßnahme war eine Begebenheit am 5. Februar dieses Jahres gewesen. Damals war mittels Personenüberwachung minutiös ein Besuch von Königs Tochter Katharina in Dresden überwacht worden. Polizeiliche Späher beobachteten, wie sie mit zwei Männern einen Friedhof besichtigte, auf dem zum Jahrestag der Bombardierung Dresdens, dem 13. Februar, stets Kränze niedergelegt werden. Die Ermittler vermuteten die Vorbereitung einer kriminellen Handlung - weshalb die Observation des Pfarrers angeordnet wurde. Gegen seine Tochter konnte man nicht so einfach vorgehen, denn sie ist Landtagsabgeordnete der Linkspartei und genießt Immunität.

Als am 19. Februar 2011 die Demonstration in Dresden begann, derentwegen Pfarrer König jetzt angeklagt wurde, war die Observation des Geistlichen förmlich noch in Kraft. Das mag der Grund sein, warum der blaue VW-Bus, der in der Jungen Gemeinde liebevoll "Lauti" genannt wird, so genau beobachtet wurde. Jede Bewegung des alten Gefährts wurde registriert, und jedes Wort aufgenommen. Fast scheint es, als hätten die Ermittler nur auf einen falschen Ton gewartet.

<http://www.sueddeutsche.de/politik/jugendpfarrer-in-sachsen-angeklagt-warten-auf-den-falschen-ton-1.1232179>

"Wir Nazis haben keine Lobby"

Rechtsradikale planen für 2012 Demonstrationswelle

Nach den Morden der Zwickauer Terrorzelle kündigen Neonazis ein "demonstrationsreiches Jahr 2012" an. Doch die gewünschte Erhebung, für die schon viele Aufmärsche angemeldet sind, beginnt erst einmal sehr schwach. Knapp 50 Gesinnungsgenossen sind am Wochenende gegen "Polizeirepression und Medienhetze" durch Köln-Kalk gezogen.

Axel Reitz, auch bekannt als der "Hitler von Köln", macht aus seiner Gesinnung keinen Hehl: "Ja, wir sind Nazis", verkündet der eher klein gewachsene Mann mit dem grauen Schlapphut auf der Demonstration vor dem Polizeipräsidium. Und stellt bedauernd fest: "Wir Nazis haben keine Lobby."

Reitz war gemeinsam mit dem bundesweit bekannten Neonazi-Führer Christian Worch durch Kalk gezogen. "Linkes Gezeter - neun Millimeter", "Macht den Zecken richtig Dampf - Straßenkampf" und "Nationaler Sozialismus bis zum Tod" waren ihre Parolen während des von der Polizei eskortierten und von Hunderten Gegendemonstranten begleiteten Demonstrationzuges. Sie machten deutlich: Gerade nach dem Terror der Zwickauer Zelle suchen die Nazis die Öffentlichkeit, wollen sie den "Kampf um die Straße" weder aufgeben noch aussetzen. Sie fühlen sich vielmehr beflügelt.

Heiligabend will die Szene in Bielefeld demonstrieren, und für das kommende Jahr stehen heute schon die Termine für drei Großdemonstrationen der Rechtsradikalen fest: Im Februar werden Rechtsextreme in Dresden ihre jährliche Demonstration gegen den Bombenangriff der Alliierten am 13. Februar 1945 veranstalten. Für Anfang September wurde bereits zum "Antikriegstag" in Dortmund aufgerufen. Auf beiden Demonstrationen könnten über 1000 Nazis aufmarschieren - vor allem aus dem Milieu der Nationalen Autonomen und der Freien Kameradschaften. Aus dieser Szene gingen auch die Mitglieder des NSU, der Zwickauer Terrorzelle, hervor, die für zehn Morde und mehrere Anschläge verantwortlich gemacht werden.

Auch am 1. Mai wollen die Nazis in Dortmund marschieren - auf den Tag drei Jahre nachdem sie dort Teilnehmer einer Demonstration des Deutschen Gewerkschaftsbundes überfallen und mit Steinen und Holzprügeln verletzt haben.

Die Ruhrgebietsstadt ist eine der Hochburgen der Nationalen Autonomen in Deutschland, was auch an dem laxen Vorgehen von Polizei und Justiz liegt: Keinem der an dem DGB-Überfall aus dem Jahr 2009 Beteiligten wurde bislang der Prozess gemacht.

Der Neonazi Christian Worch unterstrich auf der Abschlusskundgebung am S-Bahnhof in Köln-Kalk das Ziel, auf den Straßen auch künftig präsent zu sein: "Ich wünsche uns allen ein demonstrationsreiches Jahr 2012."

http://www.welt.de/print/die_welt/politik/article13762736/Wir-Nazis-haben-keine-Lobby.html

«Ich suche Talente, keine Heiligen»

Karl-Theodor zu Guttenberg erntet Kritik von Netzaktivisten

Der wegen einer weitgehend abgeschriebenen Doktorarbeit zurückgetretene deutsche Minister ist von EU-Kommissarin Neelie Kroes als Berater verpflichtet worden. Er soll bei der Unterstützung von Netzaktivisten in autoritären Staaten helfen. Ein politisches Comeback schloss er vorerst aus.

Von Henning Steier

«Ich suche Talente, keine Heiligen», sagte Neelie Kroes, EU-Kommissarin für die digitale Agenda, auf eine Journalistenfrage, warum sie sich ausgerechnet Karl-Theodor zu Guttenberg entschieden habe. Der frühere Verteidigungsminister wird Berater der EU-Kommission zur Stützung von Internetaktivisten in autoritären Staaten.

Der Ex-Minister werde die richtigen Gespräche führen, um der Internetfreiheit im Rahmen der NoDisconnect-Strategie die notwendige Aufmerksamkeit zu verschaffen, sagte Kroes an einer Medienkonferenz in Brüssel. Dazu soll der frühere Minister, der im März wegen einer in weiten Teilen abgeschriebenen Doktorarbeit von seinem Amt als Verteidigungsminister zurückgetreten und später in die USA gezogen war, Verbindungen mit EU-Mitgliedsländern, Nichtregierungsorganisationen und Staaten ausserhalb der EU herstellen, die sich des Themas annehmen wollen und Hilfestellung bei der Koordinierung leisten.

Kein Sprungbrett

Ex-Minister Karl-Theodor zu Guttenberg sieht seinen Beraterjob bei der EU nicht als Sprungbrett zurück in die Politik. «Dies ist kein politisches Comeback. Sie sehen mich nicht in Deutschland», sagte er. «Ich plane nicht, in den kommenden Wochen oder Monaten zurückzukehren.»

Auf die Frage nach Einzelheiten des digitalen Werkzeugkastens, den man Bloggern in autoritär regierten Staaten zur Verfügung stellen will, lieferte Kroes keine aussagekräftigen Antworten, da «diese auch von der Gegenseite gehört werden könnten. Auf aktuelle Beispiele wie die Proteste in Russland angesprochen, wich Kroes ebenfalls aus. Daher ist nicht klar, ob man dortige Netzaktivisten, die gegen die aktuellen Wahlergebnisse Sturm laufen, Unterstützung erhalten sollen.

Kein Gehalt

Karl-Theodor zu Guttenberg erhält nach eigenen Angaben nur die Reisekosten erstattet. Im September wurde bekannt, dass er sich einem bekannten Think Tank, dem in Washington angesiedelten Center for Strategic and International Studies (CSIS), angeschlossen hatte. Er solle dort die Verantwortung für ein neues transatlantisches Dialogforums übernehmen, hiess es. Begründet wurde die Einstellung Guttenbergs unter anderem mit seinem Einsatz für die deutsch-amerikanischen Beziehungen und seinen Leistungen bei der Bundeswehrreform. Mit Cyber-Kompetenzen ist Guttenberg hingegen bisher kaum aufgefallen.

«Auch ich habe Erfahrungen mit der Macht des Internets gemacht», sagte er nun vor den Medienvertretern in Brüssel unter Anspielung auf die Tatsache, dass viele der Plagiatsstellen seiner Doktorarbeit von Freiwilligen im Netz aufgespürt worden waren. Mit ernsterer Miene sagte er anschliessend, er hätte auch andere Erfahrungen mit der

Internetfreiheit gemacht – beispielsweise in der Diskussion um Kinderpornografie im Netz und das Sperren von Websites.

Internetfreiheit in der EU

Kritisch gesehen wird die Berufung Guttenbergs unter anderem von Markus Beckedahl, der mit netzpolitik.org einen der einflussreichsten Blogs zum Thema betreibt: «Wann geht die EU gegen europäische Regierungen wie Frankreich vor, die wegen Urheberrechtsverletzungen Menschen vom Internet ausschliessen wollen. Wie wird zukünftig verhindert, dass europäische Firmen Kontroll-, Überwachungs- und Zensurtechnologien an repressive Regimes liefern (und die Ausführung wie in Deutschland mit Hermes-Bürgschaften auch noch von der Regierung gefördert wird?)»

Wenn man über Internetfreiheit spreche, sollte man auch über EU-Massnahmen wie die Vorratsdatenspeicherung sprechen. «Diese Maßnahmen werden auch bei uns auch eingesetzt, um zum Beispiel gegen Demonstranten vorzugehen, wie Anfang des Jahres in Dresden praktiziert (und letztendlich immer noch nicht aufgearbeitet). Wir brauchen nicht nur Internetfreiheit in repressiven Staaten, sondern auch in der EU.»

Beckedahl spielte auf folgenden Vorfall in der sächsischen Landeshauptstadt an: 700 Nazis demonstrierten dort am 19. Februar. Im Zuge einer Gegendemonstration griffen linke Gewalttäter Polizisten an. Die Ermittler verlangten daraufhin von deutschen Mobilfunk Providern die gespeicherten Vorratsdaten von insgesamt 65'000 Kunden, um wenige Gewalttäter ermitteln zu können.

Fehlende Glaubwürdigkeit

Netzaktivisten sprechen Guttenberg als Kollegen nicht nur jegliche Glaubwürdigkeit ab, weil er einst als Abgeordneter des Bundestages für die Vorratsdatenspeicherung stimmte. Beckedahls Kollege Linus Neumann erinnerte auch an einen Auftritt in der Tagesschau, in der er Netzsperrengegner indirekt die Förderung von Kinderpornografie unterstellte: «Es macht mich schon sehr betroffen, wenn pauschal der Eindruck entstehen sollte, dass es Menschen gibt, die sich gegen die Sperrung von kinderpornographischen Inhalten sträuben. Das ist nun wirklich einer der wichtigsten Vorhaben in vielerlei Hinsicht.»

http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/international/karl_theodor_zu_guttenberg_neelie_kroes_1.13609964.html

Neues Deutschland | 12.12.2011

LINKE vertagte Streit um Urwahl

Entschließung gegen Rechtsextremismus

Berlin (nd-Kalbe). Die Parteiführung der LINKEN hat sich auf einer Klausur am Wochenende im thüringischen Elgersburg darauf verständigt, eine Verabredung über das weitere Vorgehen zur Wahl der nächsten Parteispitze im Januar zu treffen. Zuvor soll ein Mitgliederentscheid in den Gremien der Partei in Bund und Ländern erörtert werden. Auf der Klausurtagung waren erneut tiefe Meinungsunterschiede deutlich geworden. Oskar Lafontaine, Fraktionschef im Saarland und unumschränkte Führungsfigur für große Teile der Partei, hatte sich in Elgersburg klar gegen den Vorschlag einer Urabstimmung

ausgesprochen. Die Frage sei auch »von der Mehrheit der Landesverbände zurückhaltend oder ablehnend beurteilt worden«, heißt es in der Mitteilung des Parteivorstandes.

Für einen Mitgliederentscheid, der seit Bekanntwerden der Kandidatur von Fraktionsvize Dietmar Bartsch für den nächsten Parteivorsitz und dessen Plädoyer für eine Urwahl heftig und kontrovers diskutiert wird, haben sich bisher vier Landesverbände ausgesprochen. Selbst wenn die Mehrheit der Vorstände den Vorschlag nicht unterstützt, würde ein entsprechender Antrag aus Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein die Mitgliederbefragung vermutlich erzwingen. Die Satzung der Partei verlangt hierzu, dass antragstellende Landes- und Kreisverbände ein Viertel der Mitgliedschaft repräsentieren müssen.

Die Partei- und Fraktionsspitzen verabschiedeten in Elgersburg einstimmig eine Resolution, in der Neofaschismus und rechte Gewalt als »substanzielle Gefahren für die Demokratie und das friedliche Zusammenleben in unserem Land« bezeichnet werden. Der braune Ungeist sei »in vielen Landstrichen zu einer alltäglichen Bedrohung geworden«. Die Mitglieder der Partei werden aufgerufen, sich im Februar erneut an den Anti-Nazi-Protesten in Dresden zu beteiligen.

<http://www.neues-deutschland.de/artikel/213155.linke-vertagte-streit-um-urwahl.html>

Deutschland today | 12.12.2011

Schluss mit Kriminalisierung friedlichen Protests gegen Neonazis

Erfurt (Fraktion Die Linke ThL) - Nachdem die Staatsanwaltschaft Dresden gegen den Jugendpfarrer Lothar König aus Jena Anklage erhoben hat, erklärt Bodo Ramelow, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag:

„Es wirft ein verheerendes Licht auf das Wirken der Justizbehörden in Sachsen, wenn gerade diejenigen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren, mit Strafverfahren überzogen werden!“

Ramelow erinnert daran, dass auch Strafverfahren gegen ihn und drei weitere Fraktionsvorsitzende der LINKEN von der sächsischen Justiz mit großem Eifer verfolgt werden. Ramelow hatte gemeinsam mit tausenden Bürgerinnen und Bürgern und vielen Vertretern von Parteien, Institutionen und Vereinen friedlich gegen den Neonazi-Aufmarsch in Dresden 2010 protestiert.

„Damit wird die unfassbare Strategie fortgeführt, couragierte Menschen zu diffamieren und zu kriminalisieren. Angesichts des akuten Versagens gerade der sächsischen, aber auch der anderen Sicherheitsbehörden und Justiz bei der Aufklärung von Neonazi-Terrornetzwerken und ihrer Verbrechen ist das Vorgehen der Dresdener Justizbehörden ein Skandal“, betont Bodo Ramelow. Damit erweise man nicht nur der Demokratie einen Bärendienst, sondern sende gleichzeitig ein falsches Signal an Bürgerinnen und Bürger, die sich bisher mutig den Umtrieben von Neonazis in den Weg gestellt haben. „Unsere Solidarität gehört Lothar König und all denjenigen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren. Friedlicher Protest gegen Nazis ist keine Straftat!“, unterstreicht der Vorsitzende der LINKEN im Landtag. Ramelow unterstützt im Namen seiner Fraktion die vom Landesvorstand der LINKEN verabschiedete Solidaritätserklärung und den Aufruf zur Beteiligung an den Protesten gegen den Neonazi-Aufmarsch im kommenden Frühjahr in Dresden. „Wir rufen alle auf, im Februar 2012 an den Protesten gegen die

neofaschistischen Gefahren in dieser Gesellschaft teilzunehmen und dabei auch gegen die zu protestieren, welche diese Gefahren bagatellisieren wollen oder versuchen, die zivilgesellschaftlichen Akteure und den gewaltlosen Widerstand selbst in die Nähe von Terrorismus zu rücken! Wir fordern von der sächsischen Justiz die Einstellung sämtlicher Verfahren im Zusammenhang mit den Protesten gegen den Naziaufmarsch am 19. Februar 2011.“

http://www.dtoday.de/regionen/mein-today/parteien_artikel.-Schluss-mit-Kriminalisierung-friedlichen-Protests-gegen-Neonazis-_arid.116821.html

TAZ | 12.12.2011 | Daniel Bax

Wer ist hier nicht integriert?

Die Aufregung über einen "aspekte"-Beitrag, von dem sich die Stadt Jena zu Unrecht als "braunes Nest" verleumdet fühlte, hat sich gelegt. Der Schriftsteller Steven Uhly aus München, der darin als Kronzeuge vorgeführt wurde, hat sich von der Machart des Beitrags distanziert.

Und im Stadttheater von Jena gab es eine Podiumsdiskussion über diesen TV-Bericht, den Thüringens Ministerpräsidentin Lieberknecht "tendenziös, zynisch und schlecht recherchiert" nannte. Der umstrittene Beitrag stammt von der Berliner TV-Journalistin Güner Balci.

Die Pointe dabei ist, dass diese in ihren Beiträgen normalerweise Migranten in ein schlechtes Licht rückt. Daran stören sich meist nur wenige, überwiegend Migranten. Nun hat Balci den Osten der Republik heimgesucht, was ihr gleich mehrere Beschwerden beim Rundfunkrat einbrachte.

Jenseits der Frage nach gutem oder schlechtem Journalismus aber bleibt das Problem, dass viele Menschen mit Migrationshintergrund oder andere, die - wie Steven Uhly - nicht im herkömmlichen Sinne "deutsch" aussehen, Angst davor haben, sich im Osten der Republik frei zu bewegen. Und diese Ängste sind gut begründet.

Denn Tatsache ist: Nirgendwo ist die NPD in Landesparlamenten und Kommunen so fest verankert wie in den neuen Bundesländern. Nirgendwo wird die Jugendkultur so stark von rechtsextremen Gruppen geprägt wie in manchen ländlichen Regionen Ostdeutschlands, etwa im Erzgebirge oder in Ostvorpommern. Und nirgendwo ist die Gefahr, Opfer rechter Gewalt zu werden, größer als im Osten der Republik.

Das Risiko ist im Osten schon höher als im Westen, wenn man die Zahl der Taten auf die Einwohnerzahl pro Bundesland bezieht. Bedenkt man, dass es im Osten auch deutlich weniger Menschen gibt, die als "Ausländer" durchgehen könnten, lebt diese Gruppe dort besonders gefährlich.

Europaweit einmalige Mordserie bestärkt Vorbehalte

Kein Wunder, dass viele Menschen mit Migrationshintergrund, die im Westen leben, wenig Lust verspüren, in den neuen Bundesländern auch nur ihren Urlaub zu verbringen. Die Aufdeckung der europaweit einmaligen Serie von Morden an Kleinhändlern durch Neonazis aus Zwickau trägt nicht dazu bei, solche Vorbehalte auszuräumen.

Und dass etwa Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich so auffällig lange dafür

brauchte, sich zu der Terrorzelle zu äußern, die sich mitten in seinem Bundesland eingekerkert hatte, hilft nicht gerade, die Gemüter zu beruhigen.

Dabei hat gerade Sachsen ein Problem mit gewalttätigen Rechtsextremisten. Hier, in einem Dresdener Gerichtssaal, ereignete sich im Juli 2009 der Mord an der schwangeren Ägypterin Marwa El-Sherbini, der bundesweit Schlagzeilen machte. Und hier wurde im Oktober 2010 vor dem Hauptbahnhof in Leipzig der 19-jährige Iraker Kamal K. von zwei stadtbekanntem Neonazis erstochen.

Doch obwohl deren rechte Gesinnung offensichtlich war, wollten Polizei und Staatsanwaltschaft zunächst keinen rassistischen Hintergrund der Tat sehen - auch solche Details sind nicht dazu angetan, für Vertrauen in die sächsischen Behörden zu sorgen.

Gefahr von rechts wurde verharmlost

Wer außerdem weiß, dass die sächsischen Sicherheitsbehörden in diesem Jahr vor allem damit beschäftigt waren, die Handydaten von Tausenden von Demonstranten, die im Februar gegen Neonaziaufmärsche in Dresden protestiert hatten, zu erfassen und auszuwerten, und dass sie nun sogar Anklage gegen den evangelischen Jugendpfarrer Lothar König erheben, weil dieser sich an den Antinaziprotesten beteiligte, der muss sich schon fragen, ob hier die Prioritäten immer richtig gesetzt werden.

Das gilt auch für Thüringen, wo sich der Verfassungsschutz zuletzt vor allem darauf konzentrierte, den Linken-Politiker Bodo Ramelow zu observieren. Nun zeigt sich, dass darüber die Gefahr von rechts aus dem Auge verloren wurde - offen ist noch, ob aus Naivität oder gar aus Kumpanei.

Viele Einwanderer hegen gegenüber den neuen Bundesländern ohnehin ambivalente Gefühle. Denn viele von ihnen verloren nach der "Wiedervereinigung" ihre Arbeit, als die Konkurrenz aus dem Osten auf den Plan trat.

Auch mussten sie erleben, wie die ostdeutschen Neubürger systematisch bevorteilt wurden gegenüber den Einwanderern, die schon viel länger in der alten Bundesrepublik lebten. Und dann wurden sie auch noch zur Zielscheibe jener rechtsextremen Gewalt, die auf die Wirren der Vereinigung folgte.

Aufmerksamen Zeitungslesern unter ihnen entgeht es deshalb auch nicht, dass ein Thilo Sarrazin in Dresden im Januar seinen bundesweit bestbesuchten Auftritt hatte - ein Indiz dafür, dass Vorurteile gegen Muslime hier, wo kaum muslimische Einwanderer leben, besonders weit verbreitet sind.

Vor 2.500 Zuhörern in der ausverkauften Stadthalle von Dresden schlug damals ein Mann unter Applaus vor, "alle Ausländer in ihre Heimat zurück"zuschicken; Sarrazin wies ihn dafür auch nicht in die Schranken.

Auch der Westen hat ein Rassismusproblem

Es wäre aber völlig falsch, deshalb jetzt pauschal mit dem Finger auf den ganzen Osten zu zeigen. Denn auch der Westen hat ein Rassismusproblem. Ein Thilo Sarrazin wurde von den Medien im Westen hochgeschrieben, von *Spiegel* bis *Bild*. Und auch in westdeutschen Städten wie Dortmund oder Nürnberg, in Hessen und Bayern gibt es eine rechtsextreme Szene, die durch Gewalt und politische Aktionen in Erscheinung tritt.

Die Führungsspitzen der NPD - Udo Pastörs, Holger Apfel und Udo Voigt - stammen allesamt aus dem Westen. Und hier sollen die Rechtsterroristen aus Zwickau auch Helfer gehabt haben, die sie aktiv unterstützten. In dieser Affäre haben deshalb auch die Behörden im Westen versagt, allen voran der Verfassungsschutz in Hessen und

Niedersachsen.

Erst wenn dieser größte Geheimdienstskandal seit der Wiedervereinigung wirklich lückenlos aufgeklärt ist und sich etwas an den Zuständen ändert, die diese Mordserie begünstigt haben, kann Entwarnung gegeben werden.

Die zentrale Frage dabei wird sein, wie man all jene urdeutschen Integrationsverweigerer einfängt, die sich mit dem Leben in einer pluralen, multikulturellen Einwanderungsgesellschaft noch immer so schwertun.

<http://www.taz.de/Debatte-Integration!/83507/>

BILD | 12.12.2011 | 13:27 Uhr

Erfassung von Handydaten in Dresden vor Gericht

Dresden (dpa/sn) - Der Streit um die massenhafte Erhebung von Handydaten bei Anti-Nazi-Demonstrationen am 19. Februar wird das Amtsgericht Dresden beschäftigen. Die beiden Landtagsabgeordneten der Linken, Rico Gebhardt und Falk Neubert, hätten am Montag je einen 25 Seiten starken Antrag eingereicht, teilte ihr Anwalt André Schollbach mit. Es solle festgestellt werden, dass die Aktion von Polizei und Staatsanwaltschaft rechtswidrig war. Die friedlichen Demonstranten, deren Mobilfunkdaten erfasst wurden, müssten wissen, dass sie nicht kriminell gehandelt hätten. Den Abgeordneten zufolge wurde unter anderem gegen das Telekommunikationsgeheimnis verstoßen.

<http://www.bild.de/regional/dresden/dresden-regional/erfassung-von-handydaten-in-dresden-vor-gericht-21523490.bild.html>

Der Tagesspiegel | 12.12.2011 | 17:20 Uhr | Veronica Frenzel

„Sie wollen den Widerstand brechen“

Der evangelische Pfarrer Lothar König ist eine Identifikationsfigur für diejenigen, die sich in Jena gegen Rechts engagieren. Jetzt hat die sächsische Staatsanwaltschaft Anklage gegen ihn erhoben: Er soll am 19. Februar in Dresden junge Menschen, die gegen rechtsextreme Aufmärsche demonstrierten, zu gewaltsamen Übergriffen auf Polizisten aufgewiegelt haben.

Angesichts des Zeitpunkts der Anklage ist der Aufschrei laut. Ebenso, wie sich die Familienministerin wegen der von anti-extremistischen Gruppen geforderten „Demokratieerklärungen“ in der Kritik sieht, fragen auch die Leute in Jena: Wie kann die Justiz so hart gegen Menschen vorgehen, die gegen rechte Gewalt kämpfen, während es nicht gelang, die rechten Terroristen zu fassen?

Seit 1990 ist König Pfarrer in Jena, seine Junge Gemeinde Stadtmitte ist ein wichtiger Treffpunkt.

In den 90er Jahren war die Junge Gemeinde deshalb Angriffen rechts gesinnter

Jugendlicher ausgesetzt. Sie verprügelten junge Leute, unter anderem die Tochter Königs. Der erstattete Anzeige. Doch die Polizei reagierte nicht, bezeichnete die Besucher der jungen Gemeinde vielmehr als linksextremistisch, warf ihnen vor, sie würden doch auch zuschlagen. Jetzt die Anklage gegen den Pfarrer. Bodo Ramelow, Vorsitzender der Fraktion Die Linke im Thüringer Landtag, echauffiert sich: Die Justiz setze die Strategie fort, couragierte Menschen zu diffamieren und zu kriminalisieren. Das sei ein Skandal, friedlicher Protest gegen Nazis keine Straftat. König bestreitet alles, wirft der Polizei vor: „Sie wollen den Widerstand gegen Nazi-Proteste brechen.“

Vorgeworfen wird dem Pfarrer nicht der friedliche Protest, sondern das Aufwiegeln zum Steinewerfen auf Polizisten. Ein Verfahren wegen „Bildung einer kriminellen Vereinigung“ wurde inzwischen eingestellt. Die Staatsanwaltschaft begründet die Anklage mit Videoaufnahmen, auf denen zu sehen sein soll, wie König agitiert. Außerdem sagt ein wegen Steinewerfen verurteilter Demonstrant, der Pfarrer habe ihn in seinem Lautsprecherwagen vorübergehend vor der Polizei versteckt. Angesichts der schweren Vorwürfe ist die Staatsanwalt verpflichtet, Anklage zu erheben. Das müssen auch die Linke und der Pfarrer verstehen. Sollten sich die Vorwürfe als unhaltbar erweisen, dürften die Vorwürfe, die Polizei setze bei den Ermittlungen gegen Rechts und Links falsche Prioritäten, umso lauter werden.

<http://www.tagesspiegel.de/meinung/sie-wollen-den-widerstand-brechen/5950606.html>

MDR Sachsen | 12.12.2011 | 16:35 Uhr

Streit um Polizeiaktion Linke klagen wegen Handydatenabfrage vor Gericht

Die massenhafte Abfrage von Handydaten während der Proteste von Neonazi-Aufmärschen im Februar in Dresden wird ein Fall für die Justiz. Der sächsische Linken-Landesvorsitzende Rico Gebhardt und der Landtagsabgeordnete Falk Neubert haben am Montag beim Amtsgericht Dresden einen entsprechenden Antrag eingereicht. Die Linken-Politiker wollen damit erreichen, dass die Rechtswidrigkeit der Funkzellenabfrage festgestellt wird. In einem rund 25 Seiten umfassenden Schriftsatz berufen sich die Abgeordneten vor allem auf das Grundrecht der Telekommunikationsfreiheit.

"Pauschal unterzeichnete Anträge"

Die beiden Antragsteller werfen Polizei und Staatsanwaltschaft unter anderem vor, dass die gesetzlichen Voraussetzungen für die Erhebung der sogenannten Verkehrsdaten der Handys damals nicht gegeben waren. Auch habe der zuständige Ermittlungsrichter die Anträge der Staatsanwaltschaft nur pauschal gegengezeichnet. Der Dresdner Linken-Stadtrat und Rechtsanwalt André Schollbach, der Gebhardt und Neubert vor Gericht vertritt, kritisierte, ein Richter sei "nicht nur das Sekretariat der Staatsanwaltschaft". Zudem wird die Verhältnismäßigkeit der richterlichen Anordnung von Schollbach angezweifelt. Mit umfangreichen Ton- und Videoaufnahmen sowie der Identitätsfeststellung von rund 2.500 Personen hätten "erheblich mildere Mittel zur Verfolgung von Straftaten" zur Verfügung gestanden. "Es war nicht erforderlich, eine Funkzellenabfrage durchzuführen", sagte der Anwalt. Dass die abgefragten Daten auch Monate nach den Vorfällen noch immer nicht gelöscht sein sollen, kritisierte er ebenfalls.

Möglicherweise weitere Klagen

Wann das Dresdner Amtsgericht in der von den Linken-Politikern angestregten Sache entscheidet, steht noch nicht fest. Nach Angaben von Schollbach soll es aber offenbar nicht bei den beiden Anträgen bleiben. Es könnte noch "eine Vielzahl" weiterer Betroffener gegen die Abfrage der Handydaten auf dem Rechtsweg vorgehen.

Polizei und Staatsanwaltschaft hatten am 13., 18. und 19. Februar 2011 in Dresden im Rahmen von sogenannten "Strukturermittlungen" gegen eine mutmaßliche kriminelle Vereinigung mehrere Funkzellenabfragen durchgeführt. Betroffen waren Personen, die sich an teilweise gewaltsamen Protesten gegen Neonazi-Aufmärsche beteiligten. Dabei war der Mobilfunk in großen Teilen des Dresdner Stadtgebietes zum Teil bis zu 48 Stunden lang überwacht worden. Das LKA Sachsen erhob dabei insgesamt rund eine Million Datensätze, die an die Sonderkommission 19/2 der Dresdner Polizei übermittelt wurden. Die Mehrzahl der Funkzellenabfragen wurde durch den sächsischen Datenschutzbeauftragten als rechtswidrig eingestuft und gegenüber der Landesregierung beanstandet.

<http://www.mdr.de/sachsen/handydaten-afaere100.html>
